



Beschlussbuch I.

LANDESPARTEIRAT

14.09.2019 in Neumünster

	Antragsbereich	Antragsteller	Überschrift	Beschlüsse
Soz8	Soziales	Kreisverband Lübeck	gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung	Angenommen
Soz9	Soziales	AG Selbstständige	Pflegeversicherungsbeiträge gerecht aufteilen	Angenommen
Soz10	Soziales	AsF	Keine Benachteiligung kinderloser Menschen bei der Pflegeversicherung	Angenommen
Soz11	Soziales	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Reformierung des Bundesbetreuungsgesetzes	Angenommen in geänderter Fassung
Soz21	Soziales	Kreisverband Pinneberg	Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst	Angenommen
Soz22	Soziales	Ortsverein Reinfeld (Kreisverband Stormarn) Kreisverband Stormarn	Es ist Zeit für mehr Vermögensgerechtigkeit!	Überweisung an Landesgruppe SH (BTF)
Soz23	Soziales	AfA	Investitionen in die Entwicklungs- und Zukunftsfähigkeit Armut und Ungleichheit konsequent abbauen	Angenommen in geänderter Fassung
EU3	Europa	Kreisverband Steinburg	Europäische Infrastruktur stärken	Überweisung an MdEP
P11	Partei		Auszug aus P11 - Kommission zur Amtszeitbegrenzung	Angenommen
EKM9	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Nachhaltige Ressourcenpolitik	Angenommen
EKM10	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung, Tierschutz	Antrag vom Antragsteller zurückgezogen
EKM11	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Ortsverein Leezen (Kreisverband Segeberg) AsF	Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung	Angenommen
EKM12	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Kreisverband Pinneberg	Gründächer	Angenommen
W1	Wohnen	Kreisverband Kiel	Wohnen ist Grundrecht und kein Luxus!	Angenommen

Digi1	Digitalisierung	Kreisverband Ostholstein Juso Landesverband S-H	Digitalisierung menschlich und sicher gestalten!	Angenommen in geänderter Fassung
Digi2	Digitalisierung	AsF	Zensur verhindern - Uploadfilter ablehnen!	Erledigt durch Zeitablauf
Digi3	Digitalisierung	AK Digitale Gesellschaft	Uploadfilter	Erledigt durch Zeitablauf
Digi4	Digitalisierung	Ortsverein Steinfeld-Ulsnis (Kreisverband Schl.-Flensburg)	Aus den Datenskandalen lernen	Angenommen
Digi5	Digitalisierung	AG Selbstständige	IT Ausschreibungen	Angenommen
Digi6	Digitalisierung	AG Selbstständige	Standort stärken – IT Wirtschaft stärken!	Angenommen
Digi7	Digitalisierung	AG Selbstständige	CyberCrime	Angenommen
Digi8	Digitalisierung	Kreisverband Ostholstein	Wifi4EU	Antrag vom Antragsteller zurückgezogen
AA2	Ausbildung und Arbeit	Kreisverband Pinneberg	Pakt für die Erzieherausbildung und Ausbildungsgeld	Angenommen
AA4	Ausbildung und Arbeit	Kreisverband Pinneberg	Der Mindestlohn muss den angemessenen Mindestschutz gewährleisten!	Erledigung durch LPT
AA5	Ausbildung und Arbeit	Kreisverband Ostholstein	Mindestlohn	Erledigung durch LPT
AA7	Ausbildung und Arbeit	Kreisverband Segeberg	Mindestlohn	Erledigung durch LPT
AA8	Ausbildung und Arbeit	AG Selbstständige	Mindesthonorar für Solo-Selbstständige	Angenommen
AA9	Ausbildung und Arbeit	Kreisverband Segeberg	allgemeinverbindliche Tarifverträge	Erledigung durch LPT
AA12	Ausbildung und Arbeit	AfA	Konsequente Reduzierung von prekärer/atypischer Beschäftigung	Angenommen
AA13	Ausbildung und Arbeit	AfA	Die Veränderungen in der Arbeitswelt mit den und für die Menschen gestalten	Angenommen
AA14	Ausbildung und Arbeit	AfA	Höhere steuerliche Rückerstattbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen	Angenommen
B1	Bildung	Juso Landesverband S-H	The next big thing is education	Angenommen
B2	Bildung	Kreisverband Dithmarschen	Kostenfreie Schülerbeförderung	Angenommen
B3	Bildung	Kreisverband Ostholstein	Konsequente Lernmittelfreiheit	Angenommen
B4	Bildung	Kreisverband Ostholstein	Bildungs- und Teilhabepaket der Realität anpassen	Angenommen in geänderter Fassung
B5	Bildung	Kreisverband Pinneberg	Schulstarterpaket verbessern	Erledigt durch B4

B6	Bildung	Kreisverband Nordfriesland	Impulse der Kommission K1	Antrag vom Antragsteller zurückgezogen
G1	Gesundheit	Kreisverband Pinneberg	Gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand!	Angenommen
G2	Gesundheit			
G3	Gesundheit	Kreisverband Steinburg	Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel	Angenommen in geänderter Fassung
G4	Gesundheit	AG Selbstständige	GKV Entlastungsgesetz	Angenommen
G5	Gesundheit	Ortsverein Schwarzenbek (Kreisverband Lauenburg) Kreisverband Lauenburg	Sehhilfen	Angenommen
G6	Gesundheit	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Überarbeitung des Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG	Angenommen
G7	Gesundheit	SPDqueer	Homophobe Konversionstherapien verbieten – Anbieter solcher Pseudotherapien von staatlicher Förderung ausschließen	Angenommen
G8	Gesundheit	Kreisverband Stormarn	Sterben in Würde ermöglichen	Abgelehnt
IR1	Innen und Recht	Kreisverband Lübeck	Parlamente gleichberechtigt mit Frauen und Männer besetzen	Angenommen
IR2	Innen und Recht	AsF	Jetzt durchstarten für Parität!	Angenommen
IR3	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Paritätische Besetzung im Landtag	Angenommen
IR4	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklären!	Angenommen
IR5	Innen und Recht	Kreisverband Stormarn	§ 219a streichen	Angenommen
IR6	Innen und Recht	Kreisverband Pinneberg	Gleichstellung von Mann* und Frau*, auch bei der Reproduktion	Antrag vom Antragsteller zurückgezogen
IR7	Innen und Recht	AsF SPDqueer	Gleiche Liebe, gleiche Rechte (mit QueerSozis)	Angenommen
IR8	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Sprachförderung für alle Migrantinnen und Migranten unabhängig von der Bleibeperspektive!	Angenommen
IR9	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Resolution gegen die Abschiebung von Afghanen!	Antrag vom Antragsteller zurückgezogen
IR10	Innen und Recht	AsF	Wahrung des Amtseids durchsetzen	Abgelehnt
IR11	Innen und Recht	AG 60plus	Polizei	Angenommen in geänderter Fassung
IR12	Innen und Recht	Kreisverband Pinneberg	Videüberwachung in Nahverkehrszügen sicherstellen	Angenommen
IR13	Innen und Recht	Ortsverein	Sicher leben	Vertagung

		Neumünster-Süd (Kreisverband Neumünster)		
IR14	Innen und Recht	Ortsverein Bad Segeberg (Kreisverband Segeberg)	Für Rechtssicherheit und Demokratieförderung im Gemeinnützigkeitsrecht	Angenommen
IR15	Innen und Recht	Kreisverband Steinburg	Cannabis	Angenommen
IR16	Innen und Recht	AG SelbstAktiv	Landeswahlgesetz	Angenommen
IR17	Innen und Recht	AG SelbstAktiv	Wahlrechtsausschlüsse: Grundrecht für alle sicherstellen	Erledigt durch Europäische Gesetzgebung
IR18	Innen und Recht	AG 60plus	Steuerrecht für ehrenamtlich Tätige	Vom Antragsteller zurückgezogen
IR19	Innen und Recht	AsF	Zehn zusätzliche, freie Tage für Betroffene häuslicher Gewalt	Abgelehnt
IR20	Innen und Recht	AsF	Just Sports – No Violence	Angenommen

Anzahl der Anträge: 65

14. Sept. Landesparteirat Jennerjahn, Malte		Eingegangene Änderungsanträge zu vom LPT überwiesenen Anträgen Antragspaket 1		Datum: 14 .09.2019 Uhrzeit: 16:00
Ä zu	Zeile	Antragsteller	Antragstext	Beschlüsse
Soz11	0	AG 60plus	<p>Ersetze Antragstext durch:</p> <p>Der Landesparteirat möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass im Betreuungsrecht folgende Punkte aufgenommen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kein/e Betreuer/in mehr als 40 Betreuungen führen darf – In einem Landesregister ist zu hinterlegen wie viele Betreuungen von einer/m Betreuer/in durchgeführt werden – Fortbildungen sollen vor Beginn und während der Tätigkeit als Betreuer/in z.B. zu der Frage der Fixierungen zwingend sein. – Jede/r Betreuer/in muss dazu verpflichtet werden, den Betreuten mindestens einmal pro Quartal persönlich aufzusuchen. <p>Begründung:</p> <p>Es zeigt sich, dass die Betreuung nach dem Betreuungsrecht reformbedürftig ist. Es kommt leider immer wieder vor, dass Betreuer/innen deutlich mehr als 40 Personen zeitgleich betreuen. Hier ist dann auch von einer „Betreuung“ nicht mehr die Rede, da die zeitlichen Ressourcen für eine Betreuung nicht mehr gegeben sind.</p> <p>Die Umsetzung der aufgeführten Punkte würde nicht nur zur Sicherheit der zu Betreuenden und deren Schutz der Menschwürde gereichen, sondern auch den Betreuern und Betreuerinnen Optionen einräumen, die dazu führen, dass eine Betreuung sach- und fachgerecht durchgeführt werden kann.</p>	Übernommen durch Antragstellerin
Soz22	0	KV Stormarn	Antrag an LPT: Überweisung an SH Landesgruppe des Deutschen Bundestags	Übernommen durch Antragsteller
Soz23	12		Streiche den Punkt: “die Abschaffung des Solidaritätszuschlag...”	Übernommen durch Antragsteller
EKM9	13	Landesvorstand	<p>Als Ergänzung in Zeile 13 anfügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir setzen uns für eine Steuer auf Plastik ein. 	Übernommen durch Antragsteller
Digi1	0	Jusos / KV Ostholstein	Kompletter Ersetzungsantrag, s. separates Dokument, wird Digi1 neu im Antragsbuch vom 15.08.2019	Übernommen durch Antragsteller

Digi1	23-70	AfB	<p>(Hinweis aus Landesgeschäftsstelle: Achtung Änderungsantrag bezieht sich auf Digi1 in der alten Fassung! Da der Digi1 vollständig verändert wurde, muss AfB prüfen, ob und wie sie ihre Änderungswünsche aufrechterhalten kann.)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Digi A1; Z. 23: Bitte ändern in: "Bereiche Arbeit, Bildung und Grundwerte. 2. Digi A1; Z. 50: Streiche Digitalisierung und ersetze durch Medienkompetenz sowie streichedes Lehrplans und setze der Fachanforderung. 3. Digi A1; Z. 51: Streiche pädagogisch. 4. Digi A1; Z. 55: Ersetze Mentor*innen durch Lehrkräfte. 5. Digi A1; Z. 55-57: Streiche den letzten Satz, da es bereits umgesetzt ist. 6. Digi A1; Z. 60: Satzänderung in: In der zukünftigen Gesellschaft wird neben spezialisiertem Fachwissen der Schwerpunkt auf Kompetenzen wie...Nichtwissen gelegt werden. 7. Digi A1; Z. 68: drittes Wort "die" durch "den" ersetzen. 8. Digi A1; Z. 69: letztes Wort "wird" in "werden" ändern. 9. Digi A1; Z. 70: Mit der Anwendung neuer Technologien auf der Basis von Künstlicher Intelligenz wird die Gesellschaft vor neue Aufgaben in der Anpassung unseres Wertesystems gestellt. In maschinengesteuerten Prozessen müssen Verantwortlichkeiten neu bewertet werden; dies ist ein dringender Auftrag an die Politik, den wir als SPD aufgreifen werden. 	Zurückgezogen
Digi1neu	70-104	AfB	<p>Z. 70: Ergänze nach Lernapps „, OER (Open Educational Ressources)“</p> <p>Z. 95: Ergänze „Wir brauchen Ausbilder für Fortbilder (Bundesprogramme)“.</p> <p>Z. 103: Neuer Spiegelpunkt - „Digitales Potential muss auf Schule übertragen werden: Basis-orientiert handeln.“</p> <p>Z. 104: Ergänze - „Zur Erreichung des globalen Nachhaltigkeitszieles (Bildungsagenda 2030) „einer inklusiven, chancengerechten und hochwertigen Bildung“ brauchen wir eine Landesstrategie, die alle Bildungsorte bedenkt und keine Insellösungen schafft.</p>	Übernommen durch Antragsteller
Digi1neu	160	AfA	Ergänze in Z. 160: “...auch der Breitbandausbau ein öffentliches Grundbedürfnis... ”	Übernommen durch Antragsteller
Digi1neu	114	AG60plus	Ergänze in Z. 114: “Förderung der nachberuflichen Bildung im Bereich Digitales .”	Übernommen durch Antragsteller
B4	11	Landesvorstand	Ergänze in Z. 11: “Unser Ziel bleibt es, eine Kindergrundsicherung einzuführen.”	Übernommen durch Antragsteller
G3	0	AG60plus	Ergänze: “SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass Patienten bei einer Befreiung von der Zuzahlung von Medikamenten durch die Krankenkasse auch von der Zuzahlung weiterer medizinischer Produkte, die individuell notwendig sind, wie z.B. die Versorgung eines Seitenausgangs oder bei Inkontinenzmaterialien befreit werden.”	Übernommen durch Antragsteller

IR6	0	KV Pinneberg	Antrag zurückgezogen durch Antragsteller – dennoch Überweisung durch LPT an LPR	IR6 vom Antragsteller zurückgezogen
IR9	0	Migration und Vielfalt	Antrag zurückgezogen durch Antragstellerin – dennoch Überweisung durch LPT an LPR	IR6 vom Antragsteller zurückgezogen
IR11	14	AG60plus	Streiche: “Die Wochenarbeitszeit für Vollzugsbeamte darf maximal 39 Stunden betragen. Im Verwaltungsbereich (Büroarbeiten) sollen es weiterhin 41 Wochenarbeitsstunden bleiben.”	Übernommen durch Antragsteller
IR11	14	KV RD-Eck	ersetze Z. 14-15. „- Die Wochenarbeitszeit für Beamte im Schichtdienst soll auf 38 Stunden reduziert werden. Bei Teilzeit soll die Reduktion entsprechend proportional erfolgen. Grundsätzlich streben wir für alle schleswig-holsteinischen Beamten eine Rückkehr zur 40 Stundenwoche an.“	Abgelehnt
IR11	16	KV RD-Eck	Ergänze Z. 16: „- Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Absolvent*innen des mittleren Schulabschlusses soll über einen gesicherten Fachoberschulabschluss der Zugang ermöglicht werden.“ „- Das Beförderungssystem soll so überarbeitet werden, dass die Aufstiegsmöglichkeiten transparenter und planbarer werden und die Chancen auch für Beamt*innen in Teilzeit erhöht werden.“	Angenommen
IR11	4		Streiche “mit 400 Anwärtern jährlich”	Übernommen durch Antragsteller
IR15	0		Wenn sichergestellt ist, dass ein Beratungssystem eingerichtet wird.	Abgelehnt
IR18	0	AG60plus	Antrag durch Antragsstellerin zurückgezogen. Zugunsten der Beratung der Anträge IR21 und IR22	IR18 vom Antragsteller zurückgezogen
IR18	11	KV Stormarn	Nach dem letzten Absatz „Aus dem gleichen Grund . . . anzurechnen.“ (Zeile 11) ist anzufügen: Zudem wird die SPD Landtagsfraktion zur Stärkung des Ehrenamts gebeten, sich für eine Feuerwehrente als zusätzliche Altersvorsorge für die Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins und eine Hinterbliebenenversorgung für die Ehe-/Partner/-innen einzusetzen, die auch nichteheliche Partnerschaften berücksichtigt. Die Ausweitung auf andere öffentliche Ehrenämter, wie z. B. für die Mitglieder/-innen des Katastrophenschutzes, soll geprüft werden.	IR18 vom Antragsteller zurückgezogen
IR18	29	KV Stormarn Hinweis: Begründungen werden nicht beschlossen.	Die Begründung wird ergänzt ab Zeile 29: Mit rund 50.000 Aktiven in Schleswig-Holstein garantieren die Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein als eine herauszuhebende Einrichtung rund um die Uhr schnelle professionelle Hilfe. Durch die Einführung einer Feuerwehrente erfährt dieses besondere Ehrenamt Wertschätzung, erhalten die Kameraden(innen) einen nachhaltigen Dank der Gesellschaft und wird ein zusätzlicher Anreiz zur aktiven Mitarbeit in einer Freiwilligen Feuerwehr geschaffen. Die Etablierung einer ganzheitlichen Hinterbliebenenversorgung sichert auch Partner(-innen) und Kinder dann ab, wenn keine Ehe oder Lebenspartnerschaft vorlag. Die Prüfung einer möglichen Berücksichtigung anderer öffentlicher Ehrenämter, wie dem im Katastrophenschutz, könnte eine Ausweitung zulassen.	IR18 vom Antragsteller zurückgezogen

Soziales

gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung

(Angenommen)

Die SPD Schleswig-Holstein setzt sich für eine gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung ein. Das bedeutet für uns:

5

- dass in die Bemessungsgrundlage für die Pflegeversicherung in Zukunft alle Einkunftsarten gleichberechtigt einbezogen werden.

10

- dass die Beitragsbemessungsgrenze, bei der die Pflegeversicherungsbeiträge gedeckelt sind, aufgehoben wird.

Pflegeversicherungsbeiträge gerecht aufteilen

(Angenommen)

Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion sind aufgerufen, eine Gesetzesänderung einzuleiten mit dem Ziel einer paritätischen Aufteilung der Beiträge zur Pflegeversicherung zwischen Rentnern und Rentenversicherungsträger.

5

Keine Benachteiligung kinderloser Menschen bei der Pflegeversicherung

(Angenommen)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die durch das Kinder-Berücksichtigungsgesetz eingeführte Mehrbelastung kinderloser Menschen durch einen Zusatzbeitrag bei der Pflegeversicherung aufzuheben. Stattdessen ist eine alternative Methode zur Besserstellung von Personen mit Kindern zu entwickeln.

5

Reformierung des Bundesbetreuungsgesetzes

(Angenommen in geänderter Fassung)

Der Landesparteirat möge beschließen:

5

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass im Betreuungsrecht folgende Punkte aufgenommen werden:

- Kein/e Betreuer/in mehr als 40 Betreuungen führen darf
- In einem Landesregister ist zu hinterlegen, wie viele Betreuungen von einer/m Betreuer/in durchgeführt werden
- Fortbildungen sollen vor Beginn und während der Tätigkeit als Betreuer/in z.B. zu der Frage der Fixierungen zwingend sein.
- Jede/r Betreuer/in muss dazu verpflichtet werden, den Betreuten mindestens einmal pro Quartal persönlich aufzusuchen.(Angenommen in geänderter Fassung)

Antragsbereich Soz/ Antrag 21

Kreisverband Pinneberg

Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst

(Angenommen)

5 Statt fruchtloser Debatten über einen Pflichtdienst von einem Jahr für alle jungen Menschen nach ihrer Schulzeit wird die Bundesregierung zu einer konkreten Initiative für einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst für alle jungen Menschen aufgefordert, die ein solches Freiwilliges Jahr oder weniger machen wollen.

10 Statt einer Vergabe der Plätze im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel muss es einen individuellen Rechtsanspruch für junge Freiwillige geben, damit sie auch tatsächlich zeitnah einen Platz erhalten können. Außerdem ist zu überprüfen, wie die Ausstattung der Freiwilligendienste so verbessert werden kann, dass es hier keine sozialen Barrieren gibt. Auch junge Menschen aus Familien, die nicht so gut mit Einkommen ausgestattet sind, müssen diesen Freiwilligendienst machen können.

15 Für die Finanzierung ist dazu ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern zu erarbeiten.

20 Das Fernziel soll sein, dass Freiwilligendienste europaweit abgeleistet werden können. Diese sollen in sozialen und medizinischen Einrichtungen nicht als Alternative zu hauptamtlichen Fachkräften verstanden werden. Die Dienstleistenden sollen Fachkräfte unterstützen und wenn möglich entlasten, aber nicht ersetzen oder fehlende Fachkräfte kompensieren. Arbeitsbedingungen und ggf. Entlohnung müssen dort weiter verbessert werden.

Antragsbereich Soz/ Antrag 22

*Ortsverein Reinfeld
(Kreisverband Stormarn)*

Kreisverband Stormarn

Es ist Zeit für mehr Vermögensgerechtigkeit!

(Überwiesen an BTF)

5 Unsere Gesellschaft teilt sich auf in die Besitzenden und die Besitzlosen. Die Vermögensungleichheit verharrt auf hohem Niveau, und Teile der Bevölkerung am unteren Ende verlieren immer mehr. Nach Schätzungen des DIW[i] besitzen in Deutschland die reichsten Haushalte den Großteil des Privatvermögens: die reichsten 5% mehr als 50%, die reichsten 1 % über 30 % und die reichsten 1% mehr als 16 % des Gesamtvermögens. Die unteren 50% der Haushalte besitzen hingegen nur ca. 2% des Vermögens.[ii] Das ärmste

10 Fünftel der Erwachsenen hat überhaupt kein Vermögen, 7% sogar ein negatives
Nettovermögen.[iii] Mit Blick auf Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in unserem Land
stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen.[iv]

15 Eine Politik für gute Bildung und gute Arbeit eröffnet Chancen für Menschen, am
Wohlstand unseres Landes zu partizipieren. Trotzdem vererbt sich
Vermögensungerechtigkeit über Generationen hinweg, ohne dass die reichsten Haushalte
ausreichende Gegenleistungen für die Gesellschaft erbringen. Wir benötigen eine Änderung
unseres Steuersystems, um diese Schieflage zu korrigieren. Arbeitseinkommen werden
schon jetzt substantiell belastet, Vermögen und Erbschaften hingegen nicht bzw. nur
20 moderat besteuert. Durch den demographischen Wandel wird die Belastung von
Arbeitseinkommen weiter verschärft. Zudem werden Digitalisierung und Automatisierung
unsere Lebens- und Arbeitswelt verändern. Wie sich dabei Erwerbseinkommen entwickeln,
kann heute nur schwer vorhergesagt werden. Automatisierung kann auch bedeuten, dass
Erwerbseinkommen für viele als Quelle ihres Lebensunterhalts nicht mehr ausreichen
werden.

25 Unser Ziel ist es, dass alle Menschen an Vermögen, Erträgen und Wachstum partizipieren.
Der Spaltung unserer Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose muss entgegengewirkt
werden. Vermögen müssen adäquat besteuert werden; ein Aufbau von Vermögen auf breiter
Basis muss möglich sein. Es ist Zeit für mehr Vermögensgerechtigkeit!

30 Besteuerung von Vermögen

Die Ausgestaltung der Vermögensbesteuerung und eine progressive Besteuerung von
Erbschaften und Schenkungen unter Gewährung einmaliger, lebenslanger Freibeträge
stellen einen wichtigen Hebel dar, um Vermögensgerechtigkeit zu schaffen.
35 Steuerbefreiungen für Betriebsvermögen müssen abgeschafft werden – eine Fortführung
von Betrieben und der Schutz von Arbeitsplätzen bedarf nicht ungerechter, von
Fachkompetenz und Leistungsfähigkeit abgekoppelter Vermögensprivilegien, sondern kann
z.B. durch staatliche Beteiligungsmodelle gewährleistet werden. Zur vollständigen
Erfassung von relevanten Daten durch die Finanzämter und das statistische Bundesamt
40 muss die Politik Vorgaben machen, die eine lückenlose Besteuerung ermöglichen; in Zeiten
der Digitalisierung kann eine solche Datenerhebung zu moderaten Kosten umgesetzt
werden. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Steuergesetzgebung und
Doppelbesteuerungsabkommen so zu modifizieren, dass deutsche Staatsbürger unter
Berücksichtigung von Freibeträgen weltweit besteuert werden.

45 Beteiligung an Vermögen

Vermögen und Erträge aus Vermögen ermöglichen den Besitzenden die Finanzierung von
Konsum oder Investitionen, ohne dass hierfür Arbeit geleistet wird. Vermögen sind oft
50 ererbt. Gerecht wäre es, allen Menschen solche Einkünfte zu gewähren. Verschiedene
Modelle sind denkbar: Ein Vorschlag ist das steuerfinanzierte Grundeinkommen. Ein
anderes Instrument ist ein Staatsfond[v] zur Vermögensbeteiligung. Ein solcher Fond stattet
die Bürgerinnen und Bürger mit kollektiven Vermögen und mit Kapitaleinkünften aus und
kann einen wichtigen Beitrag zur Vermögensgerechtigkeit leisten.

55 In einen Staatsfond kann konkret aus Steuermitteln jährlich ein definierter Anteil des
Bruttoinlandsprodukts investiert werden. Umgekehrt zahlt der Fond einen Anteil der
erwirtschafteten Rendite aus, z.B. in gleicher Höhe an alle Bürgerinnen und Bürger ab einer
festgelegten Altersgrenze. Im Unterschied zu einem steuerfinanzierten Grundeinkommen
wird ein Staatsfond über viele Jahre finanziert und ermöglicht damit
60 Generationengerechtigkeit und langfristige kapitalbasierte Vorsorge. Gleichzeitig können
die Investitionen weltweit diversifiziert werden, und die Bürgerinnen und Bürger an
Wachstum und Erträgen auch außerhalb Deutschlands partizipieren.

65 Der norwegische Government Pension Fund Global sollte ein Vorbild für die Einrichtung
eines Staatsfonds sein und illustriert wichtige Anforderungen an seine Struktur: Ein

70 deutscher Staatsfond sollte regierungsunabhängig, z.B. durch die Bundesbank, verwaltet werden; Investitionen müssen von einer Ethikkommission überprüft werden; inländische Investitionen dürfen nur in kleinem Umfang zulässig sein, um eine breite Diversifikation zu ermöglichen und Korruption vorzubeugen; schließlich sollten die von der International Working Group of Sovereign Wealth Funds im Jahr 2008 formulierten Santiago Principles (GAPP) eingehalten werden.

Zeit für mehr Vermögensgerechtigkeit

75 Ohne Vermögensgerechtigkeit kann es keine wirkliche Gerechtigkeit geben. Vermögensgerechtigkeit muss als ein zentrales Ziel in das neue Grundsatzprogramm der SPD aufgenommen werden.

80 [i]S. Bach, A. Thiemann, A. Zucco: Looking for the Missing Rich, DIW Discussion Papers 1717, 2018.

[ii] S. Bach, A. Thiemann, A. Zucco: Looking for the Missing Rich, DIW Discussion Papers 1717, 2018.

85 [iii] M. Grabka, C. Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht 9, 2014.

90 [iv]Wichtige programmatische Positionen hat die SPD Schleswig-Holstein bereits auf dem Landesparteitag vom 23. April 2016 unter der Überschrift "Gerechtigkeit heute – Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen" beschlossen. Diese Überlegungen zu Verteilungsgerechtigkeit, guter Arbeit und sozialer Sicherheit, Bildungsgerechtigkeit, starken Familien und Kindern, starker Gesellschaft und Gerechtigkeit im globalen Maßstab haben nach der Bundestagswahl nicht an Bedeutung verloren und müssen weiterhin im Fokus unserer politischen Diskussion stehen.

[v] T. Böhnke, A. Harnack: Ein Staatsfond für Deutschland?, Bertelsmann Stiftung, 2017.

Antragsbereich Soz/ Antrag 23

AfA

Investitionen in die Entwicklungs- und Zukunftsfähigkeit Armut und Ungleichheit konsequent abbauen

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Der Landesvorstand des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein wird beauftragt nachfolgenden politischen Inhalt, mit dem Ziel der Beschlussfassung und Umsetzung, in den Parteivorstand, in die Bundestagsfraktion und zum Bundesparteitag als Antrag einzubringen:

10 Die Umbrüche in der Gesellschaft und Arbeitswelt bedürfen, gerade auch zur Stabilisierung der Entwicklungsfähigkeit des Gemeinwohls und der sozialen Sicherungssysteme, der umfassenden öffentlichen finanziellen Unterstützung und Anschubfinanzierung, der Förderung und Subventionierung. Die u. a. dafür benötigten Gelder werden von der Sozialdemokratie in Deutschland durch

- eine gerechte Erbschaftssteuer (etwa +20 Mrd. Euro/a),
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (etwa +20 Mrd. Euro/a),
- die konsequente Besteuerung von Konzernen, (etwa +35 Mrd. Euro/a),
- die zielstrebige Schließung von Steuerschlupflöchern (etwa +15 Mrd. Euro/a),
- das Verbot von Steueroasen, Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften (etwa +35 Euro/a),
- die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe (etwa +10 Mrd. Euro/a),

- 20
- die Abschaffung des Ehegattensplittings (etwa +15 Mrd. Euro/a) und
 - die konsequenten Reduzierung von Steuerkonkurrenzen

erschlossen.

25 Zur Nachvollziehbarkeit der Verteilungsgerechtigkeit ist ein Jahreswohlstandsbericht zu erstellen.

30 Angesichts gewachsener Einkommensungleichheit und der gestiegenen Armut im viertreichsten Land der Welt nehmen die Sorgen um eine soziale Spaltung, um die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft und um die Loyalität der Menschen zu den demokratischen Institutionen zu – es gibt keinen Grund, warum Spitzenverdiener, Megareichen und Konzerne sich weiterhin nicht angemessen am Gemeinwohl finanziell beteiligen, ja sogar entlastet werden sollen.

35 Der Landesvorstand wird beauftragt, bei den anderen SPD-Landesverbänden um entsprechende Mehrheiten zu werben.

Europa

Europäische Infrastruktur stärken

(Überwiesen an MdEP)

Wir setzen uns dafür ein und fordern den SPD-Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf, sich auf europäischer Ebene für ein Maßnahmenpaket einzusetzen, das darauf abzielen soll, die Infrastruktur insbesondere in konjunkturschwachen Staaten zu fördern und gleichzeitig den zunehmenden chinesischen Einfluss auf Infrastrukturprojekte in solchen Staaten zu schwächen. Dieses Paket soll konkret aus den folgenden Maßnahmen bestehen:

- Eine EU-Verordnung, die Investitionen in Infrastrukturprojekte aller Art in EU-Staaten durch außereuropäische Staaten, Unternehmen, die im Eigentum ausländischer Staaten stehen, sowie außereuropäischer Staatsfonds und staatliche Kreditinstitute, von der Genehmigung der Europäischen Kommission durch Mehrheitsentscheid abhängig macht („Screening-Verordnung“). Sollte sich herausstellen, dass keine der derzeit bestehenden EU-Kompetenzen ausreicht, um eine solche Verordnung zu erlassen, soll hierfür der AEUV geändert werden oder stattdessen ein Abkommen unter den EU-Mitgliedsstaaten geschlossen werden

- Übertragung der Vollmachten auf die EU-Kommission besonders bedeutende Verkehrsprojekte zwecks Förderung durch die EU/EG anzunehmen mit dem Fernziel, im Rahmen einer EU-Reform ein europäisches Infrastrukturministerium zu schaffen, das dann in regelmäßigen Abständen einen Plan mit Projekten fortschreibt, die mit europäischer Förderung realisiert werden sollen.

Partei

Auszug aus P11 - Kommission zur Amtszeitbegrenzung

(Angenommen)

Amtszeitbegrenzung

5

Demokratie bedeutet immer Verantwortung auf Zeit. Ob Ämter und Mandate für die Begrenzung auf eine maximale Anzahl von Wahlperioden in Frage kommen, wird durch eine vom Landesparteirat einzurichtende Kommission geprüft und dem Parteitag anschließend ggf. nach ausführlicher Debatte in den Ortsvereinen, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften zur Beschlussfassung vorgelegt.

Energiewende, Klimaschutz, Mobilität

Landesvorstand

Nachhaltige Ressourcenpolitik

(Angenommen)

Wir wollen auf eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft hinwirken. Dazu gehört es, den Bedarf an umweltschädlichen Stoffen zu reduzieren oder vollständiges Recycling zu gewährleisten.

5

Daraus folgt für uns:

- Müll darf nur dann exportiert werden, wenn eine fachgerechte Entsorgung gewährleistet werden kann und
- wenn der Export den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entspricht. Dabei sind auch die ökologische Bilanz der Transportwege sowie die soziale und gesundheitsschutzbezogene Bilanz bei der Verarbeitung an den Empfänger-Orten sowie der hier vorgesehenen Verarbeitung zu berücksichtigen.
- Wir setzen uns für eine Steuer auf Plastik ein.

10

15

Antragsbereich EKM/ Antrag 11

Ortsverein Leezen

(Kreisverband Segeberg)

AsF

Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung

(Angenommen)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative „Gesetz zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung“ auf den Weg zu bringen, die die Verschwendung von Lebensmitteln durch den Groß- und Einzelhandel eindämmt. Hierbei ist nach französischem Vorbild zu verfahren.

5

Antragsbereich EKM/ Antrag 12

Kreisverband Pinneberg

Gründächer

(Angenommen)

1. Die Kommunalfraktionen mögen sich dafür einsetzen, dass Fördermittel eingerichtet werden, die die Begrünung von Hausdächern und -fassaden anregen. Außerdem sollen in den Aufstellungen der Bebauungspläne entsprechende Begrünungen vorgesehen werden.

5

2. Auch die Landtags- und Bundestagsfraktion werden dazu aufgerufen, sich für eine verstärkte Förderung in dem Bereich stark zu machen.

Wohnen

Wohnen ist Grundrecht und kein Luxus!

(Angenommen)

Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxus. Ein solches Recht muss allen garantiert werden. Die Realität zeigt uns jedoch, dass bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapper wird. Die Angst vor hohen Wohnkosten erreicht inzwischen breite Schichten unserer Bevölkerung. Ein immer höher werdender Anteil des Einkommens muss inzwischen für Mieten aufgewendet werden. Besonders für Familien, Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Studierende oder Auszubildende, aber auch Menschen, die ihren Wohnort aufgrund eines Jobwechsels ändern müssen, sind die Leidtragenden dieses Missstandes. Für sie ist die zumutbare Belastungsgrenze in vielen Regionen längst überschritten.

Zudem schrumpft der Bestand an mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen stetig. Seit Beginn des Jahres 2019 unterliegen aktuell nur noch knapp 47.000 Wohnungen in Schleswig-Holstein einer Sozialbindung. Damit spitzt sich die Lage weiter zu, vor allem in Ballungszentren, aber auch in Küstenregionen wird bezahlbarer Wohnraum zum knappen Gut. Gleiches gilt für die Ressource Boden.

Der Umgang mit dem endlichen Gut Boden darf daher nicht nur den Kräften des freien Marktes und Spekulationen überlassen werden und bedarf einer stärkeren gemeinwohlorientierten Steuerung.

Hier ist dringend eine Umkehr notwendig. Über eine vorausschauende, gemeinwohlorientierte Boden-, Wohnungs- wie Baulandpolitik und eine inklusive, vielfältige Stadtentwicklung müssen Bindungen erhalten und ausgebaut sowie soziale Brennpunkte vermieden werden. Wohnraumangel darf nicht zum sozialen Pulverfass werden. Wohnen wird damit zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit.

Der Rückzug des Staates aus dem Wohnungsmarkt auf allen Ebenen war ein Fehler! Es braucht wieder einen handlungsfähigen Staat, der aktiv den steigenden Mieten und dem aktuellen Wohnungsmangel sinnvoll entgegenwirkt und nicht hilflos auf die „selbstheilende Hand“ des Marktes hofft. Mietwucherungen müssen jetzt gestoppt und bezahlbarer Wohnraum zügiger realisiert werden. Der heutigen Wohnungsknappheit und Mietpreisentwicklung lässt sich durch konsequente kommunale Investitionen, die wirkungsvolle Nutzung der Instrumente der öffentlichen Wohnraumförderung und durch attraktivere und flexiblere Förderkonditionen entgegenwirken.

Hierbei sind auch kluge Kooperationen mit Partnern aus der Wohnungswirtschaft ein wichtiger Bestandteil. Bezahlbarer Wohnungsbau ist gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung für Alle! Das gilt verstärkt für Mietwohnungen, aber auch für den Erwerb von Eigentum als Altersvorsorge. Nur eine durchmischte Bebauung mit öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheimen verhindert die soziale Spaltung.

Kommunen müssen sich stärker als aktive Player der Wohnungsbaupolitik einbringen. Hierzu müssen sie zum einen durch eine bessere finanzielle Ausstattung in die Lage versetzt werden, Grund und Boden zu kaufen und damit mehr Einfluss auf die Ausgestaltung von bezahlbarem Wohnen bei Bauprojekten nehmen. Zudem sollen sozialdemokratische Mandatsträger*innen stärker darauf hinwirken, dass Kommunen Instrumente wie z.B. das Vorkaufsrecht intensiver in Anspruch nehmen oder Aufstellungs- und Feststellungsbeschlüsse für bezahlbaren Wohnraum stärker berücksichtigen.

Für die unterschiedlichen Zielgruppen wie z.B. Studierende, Auszubildende, ältere

55 Menschen oder Wohnungslose müssen bedarfsgerechte Lösungen entwickelt werden. Wohnungsbau, Städtebau, Quartiersentwicklung als Dorf- und Stadtentwicklung müssen wir insgesamt stets zusammen denken und fortentwickeln.

Deshalb fordern wir für die SPD Schleswig-Holstein:

- 60 • Der Bund muss sich an der Finanzierung für den bezahlbaren Wohnungsbau dauerhaft beteiligen.
- Ungenutzte Liegenschaften in Bundes- bzw. Landeseigentum den Kommunen zur Schaffung von günstigem Wohnraum rechtssicher kostengünstig oder unentgeltlich zur Verfügung stellen.
- 65 • Das Recht auf angemessenen Wohnraum wird in die Landesverfassung aufgenommen – Wir unterstützen die hierzu laufende Volksinitiative!
- Erhalt und bedarfsgerechte Fortschreibung der Wohnraumförderung des Landes mit einem Kriterienkatalog für soziale Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit (u.a. durch langfristige Sozialbindungen und eine kluge Baulandpolitik).
- 70 • Förderung der Kommunen durch das Land zur Neugründung, Erhalt oder Ausbau von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften (inkl. Zweckentfremdungsverbot)
- Prüfung und Gründung einer landeseigenen Wohnungs(bau)gesellschaft
- Zweckbindung bei Veräußerung von öffentlichen Liegenschaften zu Wohnbauzwecken
- 75 • Keine Abschaffung der Mietpreisbremse und der 15 %-Kappungsgrenze, sondern Erhöhung der Durchsetzbarkeit
- Einrichtung einer Enquete-Kommission für bezahlbaren Wohnungsbau in Schleswig-Holstein
- 80 • Erleichterungen im Bauordnungs-/Bauplanungsrecht zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnungsbau, z.B. im Holzbau und beim Dachgeschossausbau
- Eigenes Förderprogramm für Auszubildende und Studierende sowie bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Studentenwerks Schleswig- Holstein, um eine Bauoffensive für 2000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze zu starten.
- 85 • Eine Reduzierung der Grunderwerbsteuer für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus und für Familien mit Kindern bei erstmaligem Immobilienerwerb. Als Gegenfinanzierung fordern wir die Abschaffung von Steuersparmodellen mittels sog. Share Deals.
- Die Betriebskostenverordnung auf Bundesebene soll geändert werden, dass die Grundsteuer nicht mehr als umlagefähige Position angeführt ist. Die Grundsteuer darf nicht
- 90 mehr auf die/den einzelne(n) Mieter*in umgelegt werden.
- Wir werden den Kommunen durch Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Baulandmobilisierung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Durch die Einführung einer Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern.

Digitalisierung

Digitalisierung menschlich und sicher gestalten!

(Angenommen in geänderter Fassung)

Digitalisierung menschlich und sicher gestalten!

5

Die Digitalisierung bringt Chancen und Risiken mit sich. Sie hat unser Leben in den letzten zehn Jahren bereits stark verändert und wird es in den nächsten zehn Jahren noch viel stärker tun. Das führt zu Sorgen und Ängsten – von der Sorge vor staatlicher und wirtschaftlicher Überwachung bis hin zur Angst vor Globalisierung, Arbeitsplatzverlust, Armut und Bedeutungslosigkeit. Gleichzeitig birgt sie aber auch zahlreiche Möglichkeiten, das Leben aller Menschen gerechter, sozialer, nachhaltiger und angenehmer zu gestalten. Insbesondere diese Möglichkeiten bieten einen großen Gestaltungsraum, dem sich die SPD annehmen muss. Das heißt, dass sie einerseits digitale Prozesse gestalten will. Andererseits muss sie als Schutzmacht auftreten, die die Menschen vor negativen Auswirkungen der Digitalisierung bewahrt. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Die Technik dient dem Menschen, nicht anders herum!

10

15

Arbeit

20

Die Arbeit verändert sich, aber sie geht uns nicht aus. Nur in den wenigsten Berufen werden alle Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt werden, aber in fast allen Berufen einige automatisiert. Gleichzeitig entstehen ganz neue Berufsbilder und Aufgabenfelder. Besonders betroffen von diesem Wandel sind geringqualifizierte Arbeitnehmer*innen, da einfache Arbeitsprozesse am besten automatisierbar sind.

25

Doch durch die Digitalisierung werden auch viele neue Jobs entstehen. In der IT-Branche wird beispielsweise schon jetzt händeringend nach Fachkräften gesucht. Um die aus dem enormen strukturellen Wandel hervorgehende Problematiken richtig begegnen zu können, fordern wir:

30

- Einen umfassenden Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen des Arbeitsagentur, welche auch verstärkt die Möglichkeit geben, sich nicht nur innerhalb eines Fachbereiches weiter zu bilden, sondern auch Erfahrungen in neuen Branchen zu machen.
- Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes für eine Reform des Sozialstaates, welche dem Wandel durch die Digitalisierung Rechnung trägt.
- Perspektivisch eine grundsätzliche Arbeitszeitverkürzung auf 6 Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich.
- Einrichtung einer genossenschaftlichen Plattform für Plattformarbeiten.
- Abschaffung von Scheinselbstständigen und Erweiterung des Mindestlohns für Clickworker*innen.
- Arbeitsvermittlungs-Plattformen müssen rechtlich mit regulären Arbeitgeber*innen gleichgestellt werden, genau wie die vermittelten Arbeiter*innen auch in den rechtlichen Begriff des*der Arbeitnehmer*innen einbezogen werden müssen.
- Die herkömmlichen Schutzmechanismen, von Arbeitszeitgesetz über Tarifverträge und Mittbestimmungsrecht müssen fit für die Digitalisierung gemacht werden.
- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Wahl der Arbeitszeit und des Arbeitsortes und für Arbeitnehmer*innen, sofern der Arbeitsschutz gewahrt ist.
- Die Unterstützung und Förderung des Rechts des Home-Offices. Dabei muss ein angemessener Arbeitsplatz sowie die dazu notwendige Hardware vom Arbeitgeber gestellt werden. Es darf dadurch nicht zu einer Mehrarbeit kommen.
- Anrechnung von Arbeitsleistungen in der Freizeit oder Dienstreisen als vollständige Arbeitszeit.

35

40

45

50

- Einführung von Regelungen gegen die ständige Erreichbarkeit von Arbeitnehmer*innen, z.B. über Diensttelefone, außerhalb ihrer Arbeitszeit.
- Einhaltung der maximal gültigen Tagesarbeitszeit nach dem Arbeitszeitgesetz. E-Mail-Konten usw. sind nach dem Erreichen der Tagesarbeitszeit automatisch abzuschalten und zu sperren. Ausnahmen können in den Betriebsvereinbarungen festgelegt werden.
- Verbot von Kamera- und Tonüberwachung bei der Arbeit, sofern sie nicht zur Absicherung des Betriebsgeländes dienen. Jedenfalls aber ein Verbot, auf diese Weise gewonnene Daten zum Nachteil der Beschäftigten einzusetzen.

Bildung

Der Zeitgeist kann sich immer irren, doch können wir sicher sein, dass die traditionellen Schulen oder die Art und Weise wie wir Lehren und Lernen, sich verändern wird. Wichtig ist es, dass in der zukünftigen Gesellschaft kaum noch fachliches und abprüfbares Wissen von Bedeutung sein wird. Dagegen nimmt die Relevanz von Kompetenzen wie Kreativität, Kommunikation, Teamwork, Empathie und der Umgang mit Unsicherheit, zunehmender Geschwindigkeit und Nichtwissen zu. Dies bedeutet ein ganz neues Verständnis von Bildung, das in den heutigen Strukturen kaum umsetzbar ist. Schulbücher werden in absehbarer Zeit zumindest zum Teil durch Tablets ersetzt, der traditionelle Unterricht durch Lernapps, und interaktive Lernplattformen erweitert.

Im heutigen politischen Diskurs werden nach wie vor die technischen Fragen in den Vordergrund gestellt. Wir stehen jedoch auch vor der Aufgabe zu schauen, wie Lehren und Lernen in einer digitalisierten wie auch globalisierten Welt aussehen kann und welche Fähigkeiten unsere Schüler*innen benötigen, um in der digitalen Arbeitswelt und Gesellschaft Fuß fassen zu können.

Daher fordern wir:

- Flächendeckendes W-LAN an allen Schulen in Schleswig-Holstein.
- Ausbau der Wartung der Technik und der W-LAN-Anschlüsse der Schulen durch zusätzliche Kräfte, damit diese Aufgabe nicht auf die Lehrer*innen fällt.
- Unterstützung von Bildungseinrichtungen, um Digitalisierungsprozesse zu unterstützen und aktiv zu gestalten.
- Förderung der Medienkompetenz von der Kita bis zur Erwachsenenbildung.
- Schaffung von Anlaufstellen und Leitfäden für Einsteiger*innen von digitalen Medien.
- Offener und kostenloser Zugang zu digitalen Lehr- und Lerninhalten
 - Förderung der Vernetzung und des Austauschs von Lehr- und Lernmaterialien.
 - Förderung von freien Lern- und Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz.
 - Förderung und Ausbau von Massive Open Online Courses (MOOCs) und anderen digitale Bildungsangeboten an Bildungseinrichtungen, um Menschen einen diverseren Zugang zu Bildung zu ermöglichen.
 - Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien an Hochschulen unter Einsatz von Open Access-Lizenzen verfügbar machen.
 - Wir brauchen Ausbilder für Fortbilder (Bundesprogramme).
 - Förderung von E-Books und interaktiven Lehr- und Lernmittel für den Unterricht an Schulen, berufsbildenden Schule sowie Hochschulen.
 - Förderung von Flipped-Classroom-Systemen an den Schulen, damit Schüler*innen durch interaktive Lernmedien wie Lernvideos usw. sich weitestgehend den Stoff selbständig und in ihrem selbstgewählten Tempo beibringen können.
- Moderne Hochschulen mit einer entsprechenden Ausstattung, um angehende Lehrer*innen angemessen im Bereich der Digitalisierung auszubilden und passende Forschung zu ermöglichen.
- Digitales Potential muss auf Schule übertragen werden: Basis-orientiert handeln.
- Zur Erreichung des globalen Nachhaltigkeitszieles (Bildungsagenda 2030) "einer

inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung" brauchen wir eine Landesstrategie, die alle Bildungsorte bedenkt und keine Inselösungen schafft.

- Medienkompetenz als verpflichtender Teil in der Lehrer*innenausbildung. Lehrer*innen Aus- und Fortbildung.
- Ausbau von Massive Open Online Courses (MOOCs) und kollaborative Lerntools zur Unterstützung der Arbeit und Austausch bezüglich Lehrmaterialien und Kompetenzen zwischen den Lehrkräften.
- Evaluierung und Anpassung der Kompetenzraster der KMK im Bezug auf eine digitalisierte und globalisierte Welt.
- Förderung der Kompetenzen wie Kreativität, Teamwork, Empathie und Umgang mit Unsicherheit als Ergänzung zum digitalen Lernen und den Fachkompetenzen.
- Förderung der nachberuflichen Bildung im Bereich Digitales.

Datenschutz

Am 25. Mai 2018 ist die neue Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU DSGVO) in Kraft getreten. Damit löste sie viele, teils veraltete, Datenschutzrichtlinien und Gesetze ab. Gleichzeitig machte die kommerzielle Auswertung nutzerbezogener Daten von Facebook für den US-Präsidentenwahlkampf Schlagzeilen. Die voranschreitende Digitalisierung und die damit verbundenen Möglichkeiten zur Datennutzung und -verarbeitung verdeutlichen, warum Datenschutz eine zentrale Rolle der politischen Gestaltung und gesellschaftlichen Wahrnehmung einnehmen muss. Mit dem Inkrafttreten der EU DSGVO ist das politische Kapitel des Datenschutzes bei Weitem nicht abgeschlossen, sondern bedarf einer ständigen Anpassung und ggf. Nachbesserung. Dabei darf das Leitmotiv jedoch nicht "Datenschutz gegen Digitalisierung" sondern vielmehr "Datenschutz und Digitalisierung" sein. Es geht nicht darum, keine Daten mehr von sich preiszugeben. Viel mehr ist die Schaffung einer sicheren rechtlichen Umgebung nötig, die den Missbrauch von Daten verhindert. Dabei muss der Schutz des Datenurhebers im Mittelpunkt stehen. Auch die Verweigerung eines Einzelnen, persönliche Daten preiszugeben, darf zu keinem Nachteil führen.

Wir stellen daher folgende Forderungen zum Datenschutz auf:

- Recht auf Auskunft von Algorithmen und wie diese ihre Entscheidungen treffen in einer auch für Laien verständlichen Art und Weise.
- Sensibilisierung für Datenschutz im Bildungsbereich.
- Einführung von digitalen Grundrechten in die EMRK, die EU-Grundrechtecharta und das Grundgesetz. Diese Grundrechte müssen auch große Unternehmen verpflichten.
- Schaffung eines Beschäftigungsdatschutzgesetz, welches geltende Regelungslücken für Arbeitgeber*innen wie Arbeitnehmer*innen schließt.
- Erreichen eines Transparenz-Grundsatzes über die Nutzung personenbezogener Daten durch Unternehmen, wie diese Daten nutzen sowie regelmäßige Veröffentlichung eines DatenReports.
- Anonymisierung und Pseudonymisierung als Standard, z.B. in Bewerbungsverfahren.

Infrastruktur und Verwaltung

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur schreitet in Deutschland langsamer voran, als in anderen Ländern. Neue Technologien wie das 5G-Netz stellen zusätzliche Herausforderungen dar, schließlich ist der Ausbau der 4G/LTE-Netzes nicht abgeschlossen. Der unterschiedliche Ausbaustand des 3G und 4G - Netzes je nach Anbieter sorgt für zusätzliche Defizite für die Verbraucher*innen. Weitere Probleme sind der schleppende Ausbau des Glasfasernetzes in ländlichen Gebieten (<https://www.breitband-in-sh.de>), gerade in Schleswig-Holstein. Ein Grund dafür ist auch, dass die Unternehmen, die den Ausbau betreiben, unter wirtschaftlichen Aspekten handeln und der Ausbau im ländlichen Raum nicht profitabel ist. Des Weiteren werden die Milliarden Euro an Fördergeldern für den Breitbandausbau nur zu geringen Teilen abgerufen. Wie auch Straße und Schiene stellt

165 die digitale Infrastruktur und somit auch der Breitbandausbau ein öffentliches
Grundbedürfnis der Bürger*innen in Schleswig-Holstein dar. Um diese Zukunftsfrage muss
sich nun der Staat kümmern. Die SPD Schleswig-Holstein ist davon überzeugt, dass die
Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur staatliche Aufgabe ist.

170 Daher fordern wir:

- Erreichen des 100 M/bit-Ziels wird Staatsaufgabe.
- Verstaatlichung der digitalen Infrastruktur und Ausbau dieser durch den Staat.
Vom Bund bereitgestellte Fördergelder für den Breitbandausbau müssen nutzbar
gemacht werden.
- Senkung der überdurchschnittlich hohen Entgelte für die Internetnutzung. Zu diesem
Zweck werden auch neue Frequenzen zur Verfügung gestellt, die zukünftig nicht
mehr versteigert werden, sondern im Rahmen einer Ausschreibung demjenigen
Unternehmen auf Zeit kostenlos zur Verfügung stellt, das die besten Bedingungen
für die Endverbraucher*innen und Beschäftigten garantieren kann.
- Abkehr vom technologieneutralen Ausbau - Fiber To The Home (FTTH) wird
Standard in Schleswig-Holstein und Deutschland.
- Unterstützung des gemeinsamen Ausbaus des Mobilfunknetzes.
- Durch Sektorenkopplung sollen die Sektoren der öffentlichen Infrastruktur effizient
und nachhaltig miteinander vernetzt werden.
- Einführung von E-Akten für sämtliche Ämter.
- Einführung von digitalen Rechnungen für öffentliche Dienstleistungen auf
kommunaler und Landesebene.

190 Anti-Diskriminierung

Leider hat das Internet auch seine Nachteile: Beleidigungen und Hasskommentare können
schnell und vor allem anonym verbreitet werden, Menschen werden gezielt angegriffen. Oft
werden auch Drohungen ausgesprochen. Vor allem rassistische und sexistische Äußerungen
gehören zum Alltag vieler Kommentarspalten und Foren. Aus diesem Grund ist es wichtig,
viel mehr darauf zu achten, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist.

Aus diesem Grund fordern wir:

- “Cyber-Mobbing” als verpflichtenden Teil in die Lehrpläne integrieren.
Anlaufstellen gegen Cybermobbing schaffen, staatlich finanzieren und bekannt
machen.
- Profile die wiederholt auf gesetzeswidrige Art und Weise kommentieren, sollen
gelöscht und die Ersteller*innen rechtlich verfolgt werden.
- Einführung einer gesonderten Abteilung zu Cyberkriminalität bei der Polizei.

205 Gesundheitsversorgung

Jegliche digitalen Erneuerungen in der Pflege müssen direkt oder indirekt dazu dienen, den
Pflegerischen mehr Zeit mit den Patient*innen bzw. Bewohner*innen zu verschaffen.
Entwicklungen, die den gegenteiligen Effekt haben und die pflegerischen Handlungen von
Menschen ersetzen sollen, sind abzulehnen.

Daher fordern wir:

- Die flächendeckende Einführung von Telemedizin.
- Angleichung des Fernbehandlungsverbot an die moderne Gesellschaft, sodass der
rechtliche Rahmen gesetzt wird, um die Möglichkeiten der Digitalisierung auch in
der medizinischen Versorgung zu nutzen.
- Ermöglichung von papierlosen Rezepten und Überweisungen zu Fachärzten

220

Aus den Datenskandalen lernen

(Angenommen)

5 Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wurden ohne Einwilligung der Nutzer*innen Daten beim Hacken von Twitter, Facebook sowie Instagram, WhatsApp, Google und öffentliche Internetauftritte missbraucht.

Deswegen fordern wir:

10 Eine drastische Verbesserung des Datenschutzes sind insbesondere Landes- und Bundesdatenschutzbehörden mit erheblich mehr Personal auszustatten, Ebenso muss ein Diskussionsprozess angestoßen werden, wie mit dem digitalen Kapitalismus umzugehen ist und die Macht der digitalen Plattform-Monopolisten müssen beschränkt werden.

15 Das Wettbewerbs- und Kartellrecht bedarf dazu einer Aktualisierung. Marktbeherrschende Unternehmen müssen strengen Auflagen und Kontrollen unterworfen oder anderenfalls entflochten bzw. aufgespalten werden. Entsprechende Maßnahmen müssen bereits möglich sein, bevor ein Missbrauch der Marktmacht nachgewiesen werden kann. Marktbeherrschende Unternehmen müssen ihre Daten in aggregierter und anonymisierter Form für Wettbewerber zugänglich machen.

20 Plattformen sollen zum Einhalten standardisierter Schnittstellen und Interoperabilität verpflichtet werden. Nachrichten und Medieninhalte sollen durch künftig über Plattformgrenzen hinweg international ausgetauscht werden können. Die Privatsphäre bei der Nutzung und der Kommunikation in sozialen Medien wie Whatsapp, Facebook-Messenger, Dropbox, Instagram müssen online gesichert werden!

25 Deshalb fordern wir die Bundesregierung und das verantwortliche Bundesministerium auf, sich für die Einhaltung von Bürgerrechten im 21. Jahrhundert einzusetzen.

Antragsbereich Digi/Antrag 5

AG Selbstständige

IT Ausschreibungen

(Angenommen)

5 Bei IT Ausschreibungen der öffentlichen Verwaltung ist durch Verordnungen darauf einzuwirken, dass der bestehende gesetzliche Ansatz für die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen auch umgesetzt wird.

Bei IT Ausschreibungen müssen die allgemein üblichen Regelungen zu den bereits erbrachten identischen bzw. vergleichbaren Referenzprojekten entfallen.

10 Als Standardverfahren für IT Ausschreibungen im Bereich der Softwareentwicklung sind mehrstufige Teilnahmewettbewerbe oder Verhandlungsverfahren vorzusehen.

Antragsbereich Digi/Antrag 6

AG Selbstständige

Standort stärken – IT Wirtschaft stärken!

(Angenommen)

5 Das Land Schleswig-Holstein beteiligt die IT Wirtschaft angemessen bei Neuentwicklungen. Es wird festgelegt, dass Software gemäß europäischen Standards keine Aufgabe des Landes darstellt und dass sich die Eigenbetriebe im IT Bereich, wie es sich auch aus der Umsatzsteuergesetzgebung ergibt, dem Wettbewerb und damit der Innovation stellen müssen. IT Softwareverfahren sind grundsätzlich auszuschreiben und die Eigenbetriebe haben sich daran gleichberechtigt mit der sonstigen IT Wirtschaft zu beteiligen. Gemäß den Empfehlungen des IT Planungsrates finden die sog. Kieler
10 Beschlüsse aus dem Jahr 1974 in Schleswig-Holstein keine Anwendung mehr.

Antragsbereich Digi/ Antrag 7

AG Selbstständige

CyberCrime

(Angenommen)

5 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiativen für eine nachhaltige Bekämpfung der Internetkriminalität und die Sicherung des Internetverkehrs zu ergreifen. Dabei müssen diese Initiativen auch die aktuellen Tendenzen des Gesetzgebers, die Verantwortung und Haftung der Täter den Opfern zuzuschreiben, wieder korrigieren.

10 Es sind internationale Abkommen, ggf. im ersten Schritt auch bilateral, zu vereinbaren, die einheitliche Mindeststandards für die Internetsicherheit festlegen und die grenzüberschreitende Strafverfolgung ermöglichen. Diese Abkommen sollten sich an anderen Abkommen und Standards zu kritischer Infrastruktur orientieren (z.B. dem Luftverkehr).

Ausbildung und Arbeit

Pakt für die Erzieherausbildung und Ausbildungsgeld

(Angenommen)

5 Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit Ländern und Kommunen möglichst zügig einen „Nationalen Pakt für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern“ zu schließen. Die Ausbildungszahlen für den Erzieherberuf müssen dringend angehoben werden. Ohne einen deutlichen Zuwachs an Fachkräften werden sich die großen
Zukunftsaufgaben im Bereich der Krippen und der Kindertagesstätten genauso wenig erfüllen lassen wie der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen und die Verstärkung der Familien- und Sozialdienste.

10 Die Initiative von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, auch bei der Erzieherausbildung ein Ausbildungsgeld für die gesamte Zeit der Ausbildung zu zahlen, wird nachdrücklich begrüßt und muss jetzt zügig umgesetzt werden.

15 Langfristig sollte auch die Ausbildung in den Erziehungsberufen als duale Ausbildung erfolgen.

Mindesthonorar für Solo-Selbstständige

(Angenommen)

5 Wir fordern Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion auf, ein entsprechendes Gesetzesverfahren einzuleiten, das Mindestarbeitsbedingungen und angemessene Honorare für Solo-Selbstständige mit einbezieht. Dabei darf das Mindesthonorar den jeweiligen Mindestlohn in Deutschland nicht unterschreiten.

Konsequente Reduzierung von prekärer/atypischer Beschäftigung

(Angenommen)

5 Der Landesvorstand des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein wird beauftragt nachfolgenden politischen Inhalt, mit dem Ziel der Beschlussfassung und Umsetzung, in dem Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion und zum Bundesparteitag als Antrag einzubringen:

10 Die Leih- und Zeitarbeit wird allein zur Erledigung von Auftragsspitzen, die Mini- und Midi-Jobs werden zur ausschließlichen Nebentätigkeit und die betriebsnahen Werkvertrags-Arbeitsverhältnisse werden nur noch in extremen Ausnahmefällen, z. B. zur konsequenten Reduzierung von Solo- bzw. Scheinselbstständigkeiten, in einer Höhe von maximal fünf Prozent der Stammbeslegschaft, ab einer Betriebsgröße von mehr als 50 Beschäftigte, erlaubt.

Die Erlaubnis erteilt jeweils nach Prüfung der Umstände - ähnlich der

15 Arbeitnehmerüberlassung - die Bundesagentur für Arbeit.

Für die Leih- und Zeitarbeit sowie für die betriebsnahen Werkverträge wird, solange ein geltender Tarifvertrag dem nicht entgegensteht, gesetzlich ein Lohn für die betreffenden Arbeitnehmer_innen in Höhe von mindestens 120 Prozent des geltenden Lohns vergleichbarer Tätigkeiten garantiert. Ansonsten gelten für die besonderen Beschäftigungsarten der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort (unter Einhaltung aller anderen Rechte).

25 Der Landesvorstand wird beauftragt bei den anderen SPD-Landesverbänden um entsprechende Mehrheiten zu werben.

Antragsbereich AA/ Antrag 13

AfA

Die Veränderungen in der Arbeitswelt mit den und für die Menschen gestalten

(Angenommen)

5 Der Landesvorstand des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein wird beauftragt nachfolgenden politischen Inhalt, mit dem Ziel der Beschlussfassung und Umsetzung, in dem Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion und zum Bundesparteitag als Antrag einzubringen:

10 Für die deutsche Sozialdemokratie steht fest: Die Umbrüche, vor denen unsere Gesellschaft und Volkswirtschaft stehen, sind enorm. Der technologisch-digitale Wandel zwingt mit großer Wucht im erheblichen Umfang zu Anpassungen in der Arbeitswelt. Diese Umbrüche müssen im Sinne der Menschen sozial, ökologisch und demokratisch gesteuert und gestaltet werden.

15 Die Sozialdemokratie will Anwalt für die Menschen und Arbeitnehmer_innen sein; sie will das Gemeinwesen und Gemeinwohl - solidarisch, ökologisch, freiheitlich, demokratisch - auch im und über den Wandel hinaus stabilisieren und stärken.

20 Die Sozialdemokratie setzt sich deshalb im Zuge der digitalen Transformation - in der Anwendung von Informations- und Biotechnologie, von Big-Data und künstlicher Intelligenz - für eine höchst ethische, humane, demokratische, selbstbestimmungs-, persönlichkeits- und datenschutzrechtliche Regulierung, Überwachung und Sanktionierung ein; sie wird gerade im Zuge des Aufbaus von smart City bzw. E-Verwaltung konsequent darauf achten, dass keine Form der Privatisierung, kein weiteres Zerreißen von demokratischen Legitimationsketten und dem demokratischen Öffentlichkeitsprinzip eintritt; sie wird die Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte der Menschen in der Gesellschaft und der Beschäftigten in den Betrieben deutlich erweitern und diese bereits für die jeweilige Entstehungsphase (Design, Architektur, Zweck, pp.) in Form entsprechender Verträglichkeitsprüfung rechtlich verbindlich festschreiben.

30 Der Landesvorstand wird beauftragt bei den anderen SPD-Landesverbänden um entsprechende Mehrheiten zu werben.

Antragsbereich AA/ Antrag 14

AfA

Höhere steuerliche Rückerstattbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen

(Angenommen)

5 Der Landesvorstand des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein wird beauftragt nachfolgenden politischen Inhalt, mit dem Ziel der Beschlussfassung und Umsetzung, in dem Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion und zum Bundesparteitag als Antrag einzubringen:

10 Die Sozialdemokratie in Deutschland setzt sich für die steuerliche Rückerstattbarkeit von 50 Prozent bezogen auf die Mitgliedsbeiträge von Gewerkschaften - ähnlich der Rückerstattung von Mitgliedsbeiträge in politischen Parteien - ein. Sie stärkt damit die Koalitionsfreiheit und die Sozialpartnerschaft, die im Interesse unseres Landes zentrale Bedeutung haben. Die Arbeitswelt und die Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen brauchen starke Gewerkschaften, eine hohe Tarifbindung und erweiterte betriebliche Mitbestimmung. Mit der Anhebung wird ein weiterer gesellschaftlich relevanter Anreiz zur
15 Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft geschaffen.

Der Landesvorstand wird beauftragt bei den anderen SPD-Landesverbänden um entsprechende Mehrheiten zu werben.

Bildung

The next big thing is education

(Angenommen)

5 Bildung wird als Schlüssel für Lebens- und Teilhabechancen jeder* und jedes* einzelnen gesehen, als Grundstein für individuelle Freiheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Mit dem Einzug der Digitalisierung wird auch der Bildungsbereich vor neue Herausforderungen gestellt. Dabei geht es nicht nur um die Digitalisierung im engeren Sinne, sondern um die Frage, wie wir zukünftig die Schulen unseres Landes gestalten wollen, wie das Lernen von morgen aussehen soll. Die Veränderung unserer Schulen wird nach Smartphones und freiem W-LAN für alle das nächste „Big Thing“. Damit wir darauf
10 vorbereitet sind, fordern wir Jusos SH die SPD Schleswig-Holstein und die SPD Landtagsfraktion folgendes umzusetzen:

Lehrkräfte als Lernbegleiter*innen

15 Guter Unterricht braucht engagierte und gute Lehrkräfte. Die Ergebnisse der letzten PISA-Umfragen zeigen, dass für gute Leistungen von Schüler*innen gut ausgebildete Lehrkräfte unablässig sind. Laut der internationaler Studie hatten die Klassen mit den schlechtesten Ergebnissen auch die geringer qualifizierten Lehrkräfte. Einzelne Lehrkräfte können einen entscheidenden Einfluss auf einen Leben haben und sollten daher ein Anrecht auf die beste Aus- und Weiterbildung haben.

20 Daher fordern wir:

25 - Eine Umstrukturierung der Lehrkräfteausbildung, welche zum Ziel hat, die Rolle der Lehrkraft als beratende Begleiter*innen zu stärken. Damit dies gelingt, setzen wir uns zudem für eine Aufwertung der Fachdidaktik ein, welche ermöglicht, didaktische Kompetenzen am jeweiligen konkreten Gegenstand/Problem zu vermitteln. Dementsprechende Anpassung für Quereinsteiger*innen.

30 - Fester Bestandteil der Lehramtsausbildung soll ein Praxistag an einer Schule innerhalb des Semesters werden. Dieser Praxistag soll wöchentlich ab einem frühen Semester für ein Jahr stattfinden.

35 - Einrichtung eines Lehrstuhls für inklusive Pädagogik der Vielfalt, dessen Forschungsergebnisse verpflichtender Teil der Lehrkräfteausbildung werden. Ebenso soll die Medienpädagogik Grundbaustein der Lehrkräfteausbildung sein.

40 - Einrichtung einer landesweiten Open-Source-Plattform für alle Lehrkräfte Schleswig-Holsteins, auf der Unterrichtsvorbereitungen sowie -materialien ausgetauscht werden sollen.

45 - Einführung eines systematisches Feedback für Lehrkräfte, in dem sie regelmäßig Rückmeldungen zur Qualität ihrer Arbeit bekommen.

50 - Einrichtung von Lehrer*innenbüros in Schulen, um sowohl individuelle Gespräche mit Schüler*innen als auch die Vorbereitung des Unterrichts vor Ort zu ermöglichen.

Individuelles Lernen statt Frontalunterricht und Bulimie-Lernen

Schulen sollten als Motor für zukünftige Generationen dienen und wirken doch an vielen Stellen eher wie Fabriken des ewig gestrigen. Schüler*innen werden nach einer vorher festgelegten Alterskohorte sortiert und dürfen dann, wie an einem Fließband, nach und nach weiterrücken. Wer stehen bleibt, hat verloren. Nach wie vor lässt es sich Deutschland

55 jedes Jahr ca. 1 Milliarde Euro kosten, dass Schüler*innen die Klasse wiederholen, anstelle das Geld in individuelle Förderung oder Sanierung von Schulgebäuden zu stecken. Darüber hinaus brüsten sich immer noch Schulen damit, wenn nicht alle Kinder das Abitur oder einen anderen Abschluss geschafft haben und aufgrund der Schwere des Lernstoffes die Schule verlassen mussten. Vielmehr sollte es doch aber darum gehen, dass nicht die Schüler*innen, sondern die Schulen abgestraft werden, wenn sie nicht auf die bestehenden Herausforderungen reagieren und auf die Zukunft vorbereiten.

60 Daher fordern wir:

- Förderung von gebundenen Ganztagschulen, um einen rhythmisierten Schultag bestehend aus Bewegung, Lernen, Erholung und Freizeit zu ermöglichen.

65 - Initiierung einer Plattform für Peer-Tutoring, wo sich Schüler*innen gegenseitig helfen können.

- Förderung von Flipped-Classroom-Systemen an den Schulen, damit Schüler*innen durch interaktive Lernmedien wie Lernvideos usw. sich weitestgehend den Stoff selbständig und in ihrem selbstgewählten Tempo beibringen können.

70 - Förderung von projektorientierten und fächerübergreifenden Unterrichts.

- Stärkere Förderung von Tanz, Theater, Kunst oder Sport als Ausgleich zum (digitalen) Lernen.

75 - Stärkere Förderung von Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Institutionen und Partnerschulen bspw. durch gemeinsame netzgestützte Projekte.

- Förderung der Kooperation von Schulen und Jugendberufsagenturen sowie verstärkte Thematisierung von praktischen Lerninhalten für das Leben als Querschnittsthema.

80 - Schulbeginnzeiten, die sich am Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis zur Leistungsfähigkeit der jeweiligen Altersgruppe orientieren.

Schule als Lern- und Lebensort

85 Eine gute Oberstufe sollte den Schüler*innen die Möglichkeit geben zwischen ihren Interessen und Kompetenzen zu wählen. Dieses System sollte in den Grundzügen an die profilorientierte Oberstufe angelehnt sein.

90 Dafür fordern wir:

- In den Kernfächern, die Wahl zwischen einem erhöhten und einem grundlegenden Niveau zu ermöglichen.

95 - Bei gesellschaftlichen Profilen, soll die Möglichkeit bestehen, zwei naturwissenschaftliche Fächer zu wählen.

- Die Selbstständigkeit und projektorientierte Arbeit in der Oberstufe soll gefördert werden.

100 - Interessenbereiche zu Unterrichtsfächern sollen frei gewählt werden.

- Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben zwischen Kreativität in Profilen und naturwissenschaftlichen Wegen zu wählen.

105 Eine klassische Schule in Deutschland zeichnet sich durch lange Flure und dunkle Klassenzimmer aus, die alles andere tun, als zum Lernen einzuladen. Schule muss ein Wohlfühlort sein, denn nur wenn sich Schüler*innen wohlfühlen, können sie kreative Ideen von Morgen entwickeln. Daher brauchen wir keine starren Klassenzimmer, sondern kreative Werkstätten des Lernens, die ruhiges und individuelles Lernen, aber auch

110 Teamarbeit ermöglichen. Schule soll zu einem Lern- und Lebensort für Schüler*innen werden, in der die Schüler*innen im Mittelpunkt stehen und unabhängig der Herkunft, des Geschlechtes oder des sozioökonomischen Hintergrunds der Eltern sich gemäß ihrer individuellen Fähigkeiten entwickeln und motivieren können.

Daher fordern wir:

115 - Initiierung eines Schüler*innenprojekts "Klassenzimmer der Zukunft", wo Schüler*innen, ihre Ideen für Lernwerkstätten und Klassenzimmern vorstellen können. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen in eine Landesstrategie "Schleswig-Holsteinische Klassenzimmer" fließen, welche gemeinsam mit Interessenverbänden, Landesschüler*innenvertretungen sowie den Kommunen entwickelt werden.

120 - Durchführung einer Landesweiten Studie zum Thema "Wohlbefinden an Schleswig-Holsteinischen Schulen".

Antragsbereich B/Antrag 2

Kreisverband Dithmarschen

Kostenfreie Schülerbeförderung

(Angenommen)

5 Der Landesparteitag fordert die SPD Fraktion im Schleswig- holsteinischen Landtag auf, sich ihrem Wahlprogramm entsprechend, stärker dafür einzusetzen zeitnah, landesweit ein kostenfreies Schülerbeförderungsticket für die Klassenstufen 1-13 aller Schulen, sowie für Auszubildende, BerufsschülerInnen und Studierende einzurichten. Dabei sind auch die FreiwilligendienstleisterInnen mit einzubeziehen. Des Weiteren soll bei der Einrichtung eine Nutzung des Tickets kreisweit auf allen Linien und mit allen ÖPNV-Verkehrsmitteln (Bus und Bahn) möglich sein. Bei schulbedingten Kreisgrenzenüberschreitungen, soll auch dies problemlos möglich sein.

Antragsbereich B/Antrag 3

Kreisverband Ostholstein

Konsequente Lernmittelfreiheit

(Angenommen)

5 Der Landesparteitag möge beschließen, dass im §13 des Schulgesetzes eine generelle Lernmittelfreiheit aufgenommen wird und somit künftig auch Verbrauchsmaterial wie zum Beispiel Arbeitsblätter oder -hefte, Kopien, Taschenrechner, Tuschkästen oder Kosten für Kopien abgedeckt sind.

Antragsbereich B/Antrag 4

Kreisverband Ostholstein

Bildungs- und Teilhabepaket der Realität anpassen

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Die SPD Schleswig-Holstein spricht sich für eine Überarbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets aus. Schüler*innen erhalten derzeit 100 Euro pro Schuljahr. Die Regierungskoalition auf Bundesebene plant eine Erhöhung auf 120 Euro pro Schuljahr. Beide Beträge decken in der Praxis bei weitem nicht den tatsächlichen Bedarf, insbesondere zur Einschulung und dem Wechsel auf die weiterführende Schule.

Die SPD Schleswig-Holstein spricht sich daher dafür aus, den Schulbedarf aus dem Bildungs- und Teilhabepakt für die jeweils erste Schulausstattung für die Grund- und weiterführende Schule auf 400 Euro und für die weiteren Schuljahre auf 200 Euro zu erhöhen.

Unser Ziel bleibt es, eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Gesundheit

Antragsbereich G/Antrag 1

Kreisverband Pinneberg

Gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand!

(Angenommen)

5 Vielerorts sind im Gesundheits- und Pflegebereich die dramatischen Folgen einer verfehlten Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zu beobachten. Erschreckende Beispiele zeigen die Auswirkungen eines zunehmenden Renditedrucks privater Betreiber und Anteilseigner auf Personal und Patient*innen. Zu oft bleibt Politik und Verwaltung selbst bei Übernahmen oder Leistungseinschränkungen nur die Zuschauerrolle.

10 Es ist an der Zeit, Kommunen zu unterstützen, die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in öffentliche Hand holen wollen. Zur Finanzierung dieser Aufgabe sollen Land, betroffene Kommunen und perspektivisch auch der Bund einen gemeinsamen Fond bilden. Um die Wirtschaftlichkeit kommunaler Einrichtungen sicherzustellen, ist die derzeitige Krankenhausfinanzierung zu überarbeiten, damit bessere Arbeitsbedingungen, menschenwürdige Pflege und der Erhalt der ortsnahen Krankenhausversorgung bei
15 gleichzeitiger Ausstattung auf dem neuesten Stand der Technik gewährleistet sind.

20 Perspektivisch soll sich das Land um die Rückübernahme der ehemaligen Landeskrankenhäuser für Psychiatrie bzw. Forensik bemühen. Insbesondere die Verantwortung des Maßregelvollzugs durch private Träger ist auf Dauer ein nicht haltbarer Zustand.

Die SPD Schleswig-Holstein lehnt alle weiteren Privatisierungen im Gesundheits- und Pflegebereich entschieden ab.

Antragsbereich G/Antrag 3

Kreisverband Steinburg

Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel 5 € nicht übersteigen darf.

10 SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass Patienten bei einer Befreiung von der Zuzahlung von Medikamenten durch die Krankenkasse auch von der Zuzahlung weiterer medizinischer Produkte, die individuell notwendig sind, wie z.B. die Versorgung eines Seitenausgangs oder bei Inkontinenzmaterialien befreit werden.

Antragsbereich G/Antrag 4

AG Selbstständige

GKV Entlastungsgesetz

(Angenommen)

Für gerechte Beiträge und Gleichbehandlung

5 Krankenversicherungsbeiträge für Selbstständige müssen dem tatsächlichen Einkommen

entsprechen. Das Krankenversicherungsrecht muss entsprechend geändert werden. Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion sind aufgerufen, eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen.

- 10 Dabei sollen die Beiträge strikt einkommensbezogen erhoben und auf Mindestbeiträge verzichtet werden.

Antragsbereich G/Antrag 5

*Ortsverein Schwarzenbek
(Kreisverband Lauenburg)*

Kreisverband Lauenburg

Sehhilfen

(Angenommen)

Brillen und Sehhilfen sowie voller Zahnersatz einfacher Art müssen wieder in den Katalog der gesetzlichen Regelleistungen der Krankenkassen aufgenommen werden.

Antragsbereich G/Antrag 6

Kreisverband Steinburg

AG 60plus

Überarbeitung des Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG

(Angenommen)

- 5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, das Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG) zu überarbeiten und jede Fixierung, die länger als kurzfristig notwendig ist, muss durch einen richterlichen Beschluss angeordnet werden. Dies gilt für jede Form der Fixierung, nicht nur für die 5 oder 7 Punkt-Fixierung.

Antragsbereich G/Antrag 7

SPDqueer

Homophobe Konversionstherapien verbieten – Anbieter solcher Pseudotherapien von staatlicher Förderung ausschließen

(Angenommen)

- 5 Die SPD Schleswig-Holstein fordert die Bundespartei auf sich für die Ächtung und das Verbot von sogenannten Konversionstherapien mit einer hohen Priorität auf Bundesebene einzusetzen. Und weiter zu verfolgen um ein gesetzliches Verbot zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens im Jahr 2020 in Kraft treten zu lassen. Institutionen, die solche Pseudotherapien anbieten, sollen sofort von jeglicher staatlicher Finanzierung ausgeschlossen werden.

- 10 Sachverhalt:

Alle Menschen haben ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“, die vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten werden, zielen

15 ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit auf eine
Änderung von Sexualverhalten, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität ab. Diese
Pseudotherapien sind insbesondere für Jugendliche sehr belastend und gefährlich. Versuche
zur eugenischen oder hormonellen pränatalen Manipulation zur „Prävention“ von
20 Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit sind mit den ethischen Grundsätzen ärztlichen
Handelns nicht vereinbar. Das gilt auch für Heterosexualisierungstherapien. Alle relevanten
psychologischen und psychiatrischen Fachinstitutionen lehnen solche Therapieversuche ab.
Homosexualität ist keine Erkrankung und bedarf folglich auch keinerlei Therapieversuche.
Diese Auffassung vertrat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits 1992.

25 Mitte Februar 2019 verkündete Bundesgesundheitsminister Spahn, dass er „es gut fände,
wenn man sich bis Sommer auf einen Regelungsvorschlag geeinigt habe“. Die
Bundesregierung, die Landesregierungen und alle zuständigen Behörden müssen öffentlich
vor solchen, die psychische Gesundheit gefährdenden Pseudotherapien warnen und dafür
Sorge tragen, dass Menschen nicht in solche „Behandlungen“ gedrängt werden. Es darf
keinerlei öffentliche Förderung für Institutionen geben, die solche „Behandlungen“
30 anbieten. Zum Schutz von jungen Menschen müssen Umpolungs- und
Konversionstherapien an Minderjährigen gesetzlich verboten werden. Es bedarf darüber
hinaus einer größeren öffentlichen Aufklärung über die Gefährlichkeit dieser
Pseudotherapien.

Innen und Recht

Antragsbereich IR/ Antrag 1

Kreisverband Lübeck

Parlamente gleichberechtigt mit Frauen und Männer besetzen

(Angenommen)

5 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion, die Landtags- und Bundestagsfraktionen sowie die SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Landes- und Bundespartei mögen sich dafür einsetzen, dass das jeweilige Wahlrecht auf nationaler Ebene (Bundestag, Landtage und kommunale Parlamente) und im Europaparlament so geändert wird, dass eine paritätische Besetzung der Parlamente mit Männern und Frauen sichergestellt ist. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass auch alle weiteren politischen Entscheidungsgremien wie Ausschüsse, Aufsicht- und Stiftungsräte geschlechterparitätisch besetzt werden.

Antragsbereich IR/ Antrag 2

AsF

Jetzt durchstarten für Parität!

(Angenommen)

5 Auf allen Ebenen der Partei ist der Beschluss „Parität“ der diesjährigen ASF-Bundeskongress mit Blick auf eine baldige Wahlgesetzänderung zu bearbeiten, welche eine geschlechtergerechte Kandidat_innenaufstellung auch in Direktwahlkreisen vorsieht.

Adressatinnen: SPD-Parteivorstand und –Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete

Antragsbereich IR/ Antrag 3

AG Migration & Vielfalt

Paritätische Besetzung im Landtag

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf im Landtag Schleswig-Holstein zur paritätischen Besetzung von Frauen und Männern in ebendiesem Parlament einzubringen. Die Parteien sollen zur Landtagswahl Listen aufstellen, die abwechselnd mit einer Frau und einem Mann besetzt werden. Menschen, die sich weder dem männlichen noch weiblichen Geschlecht zuordnen, entscheiden dabei selbst, ob sie für die Frauen- oder Männerliste kandidieren.

Antragsbereich IR/ Antrag 4

AG Migration & Vielfalt

den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklären!

(Angenommen)

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Landtag in Schleswig-Holstein und die

5 sozialdemokratischen Mitglieder im Land Schleswig-Holstein mögen sich dafür einsetzen, den 8. März – den Internationalen Frauentag – in unserem Bundesland zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Antragsbereich IR/ Antrag 5

Kreisverband Stormarn

§ 219a streichen

(Angenommen)

Die SPD besteht auf der ersatzlosen Streichung des § 219a.

5 Der in der Großen Koalition ausgehandelte Kompromiss verhindert nicht, dass die Information über Schwangerschaftsabbrüche durch Ärzte weiterhin kriminalisiert wird. Die Entfernung dieses ungerechtfertigten Paragraphen wurde von der CDU verhindert. Die SPD hält aber weiterhin an dem Ziel fest, den §219a zu streichen.

Antragsbereich IR/ Antrag 7

AsF

SPDqueer

Gleiche Liebe, gleiche Rechte (mit QueerSozis)

(Angenommen)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften auf dem Gebiet des Abstammungs- und Sorgerechts anderen Partnerschaften gleichgestellt werden. Partner*innen, die gemeinsam ein Kind innerhalb dieser Partnerschaft bekommen, müssen komplette Elternrechte eingeräumt bekommen ohne ein Adoptionsverfahren durchlaufen zu müssen. Hierfür ist beispielsweise ein Prozedere wie bei der Anerkennung einer Elternschaft bei unterschiedlich geschlechtlichen Eltern denkbar.

Antragsbereich IR/ Antrag 8

AG Migration & Vielfalt

Sprachförderung für alle Migranten und Migrantinnen unabhängig von der Bleibeperspektive!

(Angenommen)

5 1. Alle Menschen, die dauerhaft nach Schleswig-Holstein ziehen, sollen berechtigt werden, einen Integrationskurs nach der Integrationskursverordnung der Bundesregierung (IntV) zu besuchen, unabhängig von Nationalität und Bleibeperspektive oder Aufenthaltsstatus.

10 2. Auch Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“ soll es ermöglicht werden, nach Erreichen des Sprachniveaus B1 einen Aufbaukurs zum Erlangen des Sprachniveaus B2 (z.B. nach DeuFöV) zu besuchen. Das Sprachniveau B2 nach GER wird als notwendig erachtet, um beispielsweise eine Ausbildung aufnehmen zu können (Empfehlung der IHK zu Schleswig-Holstein).

3. Es müssen Instrumente zur Förderung des frühkindlichen Spracherwerbs geschaffen werden, um den hier lebenden Kindern von Migrantinnen und Migranten einen

15 bestmöglichen Einstieg in das deutsche schulische und duale Ausbildungssystem zu ermöglichen. Dies betrifft Kinder aller Nationalitäten, insbesondere auch aus osteuropäischen Mitgliedsstaaten und Kinder geflohener Menschen.

Antragsbereich IR/ Antrag 11

AG 60plus

Polizei

(Angenommen in geänderter Fassung)

Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die SPD Landtagsfraktion dafür einsetzt, folgende Maßnahmen der Polizeiarbeit schnellstmöglich umzusetzen:

5 1. Die Ausbildungsoffensive wird über das Jahr 2023 fortgesetzt, um die ausscheidenden Kräfte aufzufangen und ein Aufstocken im Personalkörper zu ermöglichen.

10 2. Es muss ein Konzept / Strukturen erstellt werden, um das Personal aufzustocken, z.B. Quereinsteiger im IT-Bereich oder für die Spurensicherung.

3. Der Polizeidienst muss attraktiver gestaltet werden, z.B.

- Es sollten „Lebensarbeitszeitkonten“ eingeführt werden.

15 - Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Absolvent*innen des mittleren Schulabschlusses soll über einen gesicherten Fachoberschulabschluss der Zugang ermöglicht werden.

20 - Das Beförderungssystem soll so überarbeitet werden, dass die Aufstiegsmöglichkeiten transparenter und planbarer werden und die Chancen auch für Beamt*innen in Teilzeit erhöht werden.

4. Es wird zusätzlich ein Arbeitskreis „Polizei“ eingerichtet, damit dieser wichtige Bereich stärker berücksichtigt wird.

Antragsbereich IR/ Antrag 12

Kreisverband Pinneberg

Videoüberwachung in Nahverkehrszügen sicherstellen

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, sich für die Videoüberwachung einschließlich der Notrufmeldeeinrichtung auf Basis der Datenschutz-Grundverordnung in den Nahverkehrszügen in Schleswig-Holstein einzusetzen.

Antragsbereich IR/ Antrag 14

*Ortsverein Bad Segeberg
(Kreisverband Segeberg)*

**Für Rechtssicherheit und Demokratieförderung im
Gemeinnützigkeitsrecht**

(Angenommen)

1. **Der Landesvorstand wird aufgefordert** auf Landes- und Bundesebene alle hilfreichen und notwendigen Schritte zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts der Abgabenordnung und zur Herstellung erforderlicher Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht anzuregen (parlamentarische Initiativen) sowie beim Bundesfinanzminister die Änderung des Anwendungserlasses (AEAO) in § 52 Randnr. 15 jeweils mit den nachstehend aufgelisteten Forderungen zu initiieren.

2. **Die inhaltliche Modernisierung.** Die Abgabenordnung (AO) muss so geändert werden, dass die politische Willensbildung durch zivilgesellschaftliche Organisationen den angemessenen Rechtsrahmen erhält und alle entsprechenden Ziele als gemeinnützig anerkannt werden.

Dazu muss § 52 (Gemeinnützige Zwecke) der AO an mehreren Stellen geändert werden:

In Satz 1 ist die Formulierung *„Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“* durch den Zusatz *„oder demokratischem“* zu ergänzen.

Die Liste in Absatz 2 ist durch folgende Themen zu erweitern: *„Förderung der Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, informationelle Selbstbestimmung, Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.“*

Das in Aufzählungsnr. 24 genannte Verbot, *„kommunalpolitische Ziele“* zu verfolgen, soll ersatzlos gestrichen werden.

Der ebenda enthaltene Zusatz *„im Geltungsbereich dieses Gesetzes“* soll ersatzlos gestrichen werden. Er behindert grenzübergreifendes, und so auch europaweites Engagement.

In § 58 (steuerlich unschädliche Betätigungen) der AO ist aufzunehmen, dass die *„Beteiligung an der politischen Willensbildung unschädlich für die Gemeinnützigkeit“* ist.

Einige erst in den vergangenen Jahren in den § 51 (Allgemeines) der AO eingefügte **Bestimmungen sind wieder zu streichen:**

Die in Abs. 2 gemachte Beschränkung, dass eine Tätigkeit im Ausland nur dann gemeinnützig ist, wenn die geförderten Personen ihren Wohnsitz in Deutschland haben oder wenn zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland beigetragen wird.

Der in Abs. 3 eingeführte Passus: *„Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.“*

3. **Die Schritte zu mehr Rechtssicherheit.** Der AEAO zu § 52 AO, Randnr. 15 könnte neu lauten, dass *„eine politische Tätigkeit danach unschädlich für die Gemeinnützigkeit ist, wenn eine gemeinnützige Tätigkeit nach den Verhältnissen im Einzelfall zwangsläufig mit einer politischen Zielsetzung verbunden ist und die unmittelbare Einwirkung auf die politischen Parteien und die staatliche Willensbildung gegenüber der Förderung des gemeinnützigen Zwecks weit in den Hintergrund tritt.“*

Antragsbereich IR/ **Antrag 15**

Kreisverband Steinburg

Cannabis

(Angenommen)

5 Wir fordern die SPD Fraktionen im Landtag und im Bundestag auf, sich massiv und umgehend dafür einzusetzen, dass Cannabis in begrenzten Mengen für den privaten Konsum in Schleswig-Holstein, besser aber in ganz Deutschland, straffrei erworben und konsumiert werden kann. Die dafür erforderlichen gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene sind schnellstmöglich zu schaffen.

Antragsbereich IR/ Antrag 16

AG SelbstAktiv

Landeswahlgesetz

(Angenommen)

Ergänzung des Landeswahlgesetz (LwahlG) Schleswig-Holstein. § 34 Bestimmung und Ausstattung der Wahlräume

5 Soll in den Absatz 1 wie folgt ergänzt werden:

(1) Die Gemeindewahlbehörde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen geeigneten Wahlraum.

10 Ergänzung: **Ein geeigneter Wahlraum entspricht den Anforderungen nach DIN 18040-1:2010-10 (D) Barrierefreies Bauen für öffentliche Gebäude**

Berücksichtigt werden in der DIN 18040-1:2010-10 (D) insbesondere die Bedürfnisse von Menschen

- 15
- mit Sehbehinderung, Blindheit oder Hörbehinderung (Gehörlose, Ertaubte und Schwerhörige)
 - mit motorischen Einschränkungen
 - die Mobilitätshilfen und Rollstühle benutzen

20 einige Anforderungen dieser Norm führen auch zu Nutzungserleichterungen für Personen

- 25
- die großwüchsig oder kleinwüchsig sind
 - mit kognitiven Einschränkungen,
 - die bereits älter sind,
 - mit Kinderwagen

Antragsbereich IR/ Antrag 20

AsF

Just Sports – No Violence

(Angenommen)

5 Das Bundesgleichstellungsministerium soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesjustizministerium eine Studie erstellen, die die Zusammenhänge von Sportgroßereignissen und häuslicher Gewalt darstellt.

Ergeben sich deutliche Zusammenhänge bei bestimmten Sparten, Ereignisarten o.ä., entwickeln die Ministerien Kampagnen und Maßnahmen, die dazu geeignet sind, in den Kreisen der Rezipient*innen der betreffenden Ereignisse ein erhöhtes Bewusstsein für das

10 Thema zu wecken und eine deutliche Botschaft der Ablehnung von Gewalt senden. Hierzu müssen die Bundesverbände und einzelne Persönlichkeiten der betreffenden Sportarten auf jeden Fall eingebunden sein.

Adressatinnen: schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete

15 SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundesministerien